Trigema-Chef bietet sich als Vermittler an

Streit in Burladingens Rathaus

BURLADINGEN (dpa). Wolfgang Grupp, Chef der Firma Trigema, hat sich in den Streit zwischen dem Bürgermeister von Burladingen (Zollernalbkreis) und dem Gemeinderat eingeklinkt. „Herr Grupp hat sich angeboten, zwischen Bürgermeister und Gemeinderat zu vermitteln, was ich grundsätzlich begrüße“, sagte Bürgermeister Harry Ebert (parteilos). Der *SWR* hatte zuvor berichtet. Die Koordinierung liege bei Unternehmer Grupp, Termine seien noch nicht festgelegt.

„Ich hatte noch nie ein Problem damit, mich für ein Falschverhalten zu entschuldigen“, sagte Ebert. Dieser hatte Gemeinderäte bei Facebook als „Landeier“ bezeichnet und ihnen „Kadavergehorsam“ vorgeworfen. Daraufhin hatten die Fraktionsvorsitzenden von CDU und Freien Wählern im Gemeinderat ihre Ämter aus Protest niedergelegt. Gegen Ebert läuft wegen der Äußerungen ein Disziplinarverfahren.

Die Kluft ist tief. Der Bürgermeister hatte ein Wohnheim für unbegleitete Flüchtlinge eigenen Angaben zufolge als „Armleuchterprojekt“ bezeichnet. Es seien zu viele Menschen unkontrolliert nach Deutschland gekommen. Den Besuch des Gemeinderats bei der Unterkunft nannte Ebert auf Facebook „Asylantenschau“, auf seiner Facebook-Seite zeigte er deutliche Sympathie für die AfD. Das ging einigen der 24 Gemeinderäte zu weit.

Mehr Geld für freie Schulen

Koalition sagt Ja zu Förderung

STUTTGART (rol). Die Spitzen von Grünen und CDU im Land haben grünes Licht für erhebliche Mehrausgaben für die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft gegeben. Es sei damit zu rechnen, dass eine künftig rechtssichere Ausgestaltung der Finanzierung der Privatschulen den Landeshaushalt „mit jährlichen Mehrausgaben in deutlich zweistelliger Millionenhöhe belasten werde“, teilte das Kultusministerium mit. Dies bedeute eine „erhebliche finanzielle Kraftanstrengung“. Nach BZ-Informationen sind zusätzliche Leistungen in Höhe von 65 Millionen Euro pro Jahr im Gespräch. Bei Detailfragen geben sich die Teilnehmer zugeknöpft, da die Verhandlungen mit der Arbeitsgemeinschaft freier Schulen über die künftige Finanzierung noch nicht abgeschlossen sind. Bis 1. August 2017 muss das Land die Förderung der Privatschulen nach einem Urteil des Verwaltungsgerichtes neu regeln.

Gift auf Acker – kein Prozess

PFC-Skandal in Baden-Baden

BADEN-BADEN (dpa). Im Skandal um mit der Chemikalie PFC verseuchte Ackerflächen hat die Staatsanwaltschaft Baden-Baden das Verfahren gegen die Betreiber einer Kompostfirma eingestellt: Es gebe keinen hinreichenden Tatverdacht, teilte die Behörde mit. Es habe nicht geklärt werden können, ob Abfallstoffe, die die Baden-Badener Firma dem Kompost beimischte, belastet waren – außerdem sei die Verunreinigung der betroffenen, rund 400 Hektar großen Fläche verjährt. Die Staatsanwaltschaft hatte im Zuge des Verfahrens über drei Jahre hinweg Anzeigen wegen Gewässerverunreinigung mit per- und polyfluorierten Chemikalien (PFC) geprüft. Hintergrund ist die Ausbringung von Kompost, der Abfälle aus der Papierherstellung enthielt.

Die Landesregierung will den DNA-Analytikern in den Landeskriminalämtern mehr Rechte einräumen. FOTO: DPA

Die Herkunft bleibt tabu

DNA-Analytiker sollen bei der Mörderjagd in Zukunft mehr dürfen – aber nicht alles

Von Roland Muschel

STUTTGART. Die Spitzen von Grünen und CDU haben sich am Dienstag im Koalitionsausschuss auf einen gemeinsamen Vorschlag für eine Erweiterung der DNA-Analyse bei Kapitalverbrechen geeinigt, der bei der nächsten Sitzung des Bundesrates am 10. Februar behandelt werden soll: In Zukunft sollen Fahnder Spurenmaterial nicht mehr allein zur Bestimmung von Identität und Geschlecht verwenden dürfen, sondern auch zur Feststellung von Augen-, Haar- und Hautfarbe sowie dem biologischen Alter einer Person.

Justizminister Guido Wolf (CDU), auf den die Initiative zurückgeht, hatte die DNA-Analyse zunächst auch auf die „biogeografische Herkunft“ ausdehnen wollen, um herauszufinden, ob ein Verdächtiger etwa aus Europa, Afrika oder Ostasien stammt. Dagegen hatten die Grünen Bedenken angemeldet, eine ursprünglich für den Dienstag vorgesehene Kabinettsbefassung musste wegen eines sogenannten Fraktionsvorbehalts der Grünen vertagt werden. „Bei diesem Punkt sehen wir verfassungsrechtliche Probleme. Das wäre ein erheblicher Eingriff in die Grundrechte, weil ganze Gruppen unter Generalverdacht gestellt würden“, sagte der Grünen-Rechtsexperte Jürgen Filius.

Die anderen Punkte könne seine Partei aber mittragen. Wolf äußerte sich ebenfalls zufrieden: „Es ist ein schöner Erfolg, dass wir uns in der Regierungskoalition schnell einigen konnten.“ Den erzielten Kompromiss will Wolf nun schnellstmöglich in einen konkreten Vorschlag gießen, den das Kabinett spätestens am kommenden Dienstag beschließen soll, damit er in der nächsten Sitzung des Bundesrats behandelt werden kann. „Baden-Württemberg ist damit Vorreiter für ein Ermittlungsinstrument, das unseren Strafverfolgungsbehörden insbesondere bei schlimmen Verbrechen wie Mord oder Sexualstraftaten enorm weiterhelfen kann. Wir passen in diesem Punkt die Strafprozessordnung an die heutigen technischen Möglichkeiten an“, sagte er.

Schon vor Wochen hat Wolf auch bei Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) um Unterstützung für seinen Vorstoß geworben. Sein Argument: DNA-fähiges Spurenmaterial falle insbesondere bei schweren Sexual- und Gewaltstraftaten an. Da liege es auf der Hand, dass es für die Strafverfolgungsbehörden im Rahmen der in aller Regel sehr zeit- und personalintensiven Täterermittlung hilfreich wäre, frühzeitig Kenntnis von den genannten Merkmalen zu haben.

Mit dem Vorstoß greift die Regierung Forderungen von Ermittlern auf. So hatten der Freiburger Polizeipräsident Bernhard Rotzinger oder der Landesvorsitzende im Bund Deutscher Kriminalbeamter, Manfred Klumpp, im Zuge der Fahndung nach dem Mörder der Freiburger Studentin Maria L. eine Lockerung der geltenden Vorschriften gefordert. Kritiker warnen, dass die DNA-Analyse zu fehleranfällig sei, um zum Allheilmittel stilisiert zu werden. *Interview, Seite 5*

Mausefallen und Messgeräte

Beim Trinationalen Schülerkongress in Straßburg stellen Tüftler aus drei Ländern Experimente vor

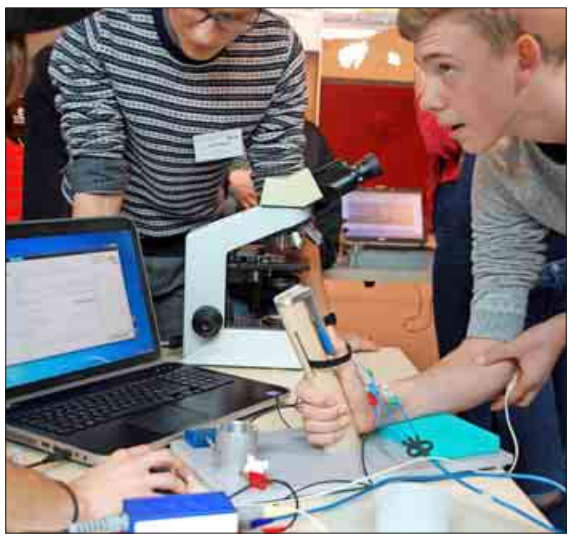
Von Bärbel Nückles

STRASSBURG. Sie haben ein Messgerät für Muskelkontraktionen gebaut, über energieeffizientes Wohnen geforscht und über den Schaden, den Bleichmittel in der Zahnpasta anrichten. Andere entwickelten eine Mausefalle, in der die Maus überlebt: Das ist nur eine kleine Auswahl der 36 Projekte, die beim 9. Trinationalen Schülerkongress Naturwissenschaften und Technik in Straßburg zu sehen waren.

„Das Beste ist, Leute zu treffen, die genauso gerne Sachen entdecken und erforschen wie wir“, sagt Francesco Witz aus Mulhouse. Gemeinsam mit einem Freund hat der 16-Jährige biometrische Methoden verglichen – und einen Tresor gebaut, der sich per Gesichtserkennung öffnen lässt. Das Interesse für Wissenschaft und Technik und der Austausch untereinander machen die Veranstaltung aus, die 140 Jugendliche aus dem Elsass, der Schweiz und Baden-Württemberg zusammengebracht hat. Sie wird auf deutscher Seite, unter anderem, vom Bildungsministerium und dem Regierungspräsidium ausgerichtet.

Der Kontext, in dem die Arbeiten entstanden sind, ist je nach Land unterschiedlich. Ein Schweizer Team besucht ein zusätzliches Wahlfach, die baden-württembergischen Beiträge entstanden im Verbundfach NWT, die elsässischen Projekte sind zum Teil Abiturleistungen. Auf Dauer angelegte oder in binationalen Gruppen vorbereitete Projekte sind auch nach neun Jahren nicht dabei. Diesmal sei laut Mitorganisator Ingo Kilian zwar ein deutsch-französisches Projekt geplant gewesen, das Vorhaben sei aber krankheitsbedingt gescheitert – und soll im kommenden Jahr nachgeholt werden.

Die jüngsten Tüftler und Technikfreaks sind 13 und 14 Jahre alt: Benedikt Hein und Jonathan Klein vom Hans-Thoma-Gymnasium in Lörrach dürfen beim offiziellen Termin mit Politikern auf die Bühne. Sie haben ausgeknobelt, wie sich mit einem Würfelsatz gleichzeitig zwei Brettspiele effizient auswürfeln lassen. Ihnen wie den anderen ist es an den manchmal vor Aufregung zittrigen Händen anzusehen, wie viel Spaß es macht, die selbst entwickelten Apparaturen und Versuchsanordnungen vorzuführen. Fachliches Können und Sprachkompetenz sollen Hand in Hand gehen. „Wer seine Arbeit vor Publikum vorträgt, ist gefordert, beide Sprachen einzubeziehen“, sagt Ingo Kilian.



Junge Forscher in Straßburg messen Muskelkontraktionen. FOTO: NÜCKLES

„Ich habe zehn Jahre Deutsch gelernt“, bekennt Francesco Witz, der Elsässer. „Aber ich kann mich nur rudimentär ausdrücken.“ Hat man sich in einem Kontext, wo lauter kluge Köpfe aufeinandertreffen, vom alten Ziel verabschiedet, die Sprache des Nachbarn zu lernen? Wichtig sei, sagt Christophe Hug, Mitorganisator und Lehrer am Gymnasium im elsässischen Guebwiller, dass „die Teilnehmer mit einem Projekt kommen, über das es wirklich etwas zu sagen gibt“. Wie gut oder schlecht jemand Französisch oder Deutsch spreche, spiele eine untergeordnete Rolle. „Alle teilen die gleiche Leidenschaft“, sagt Hug. „Das ist die Initialzündung.“

Wissenschaft am Oberrhein geht in Offensive

7,6 Millionen Euro für sieben grenzüberschreitende Projekte

Von Dominik Bloedner

FREIBURG. Netzwerke über Grenzen hinweg noch dichter knüpfen, exzellente Forschungsprojekte fördern und damit die globale Wettbewerbsfähigkeit der Region am Oberrhein sichern – dies waren die Kernthemen der Auftaktveranstaltung der zweiten Auflage der Wissenschaftsoffensive der Trinationalen Metropolenregion Oberrhein (TMO). Für sieben Projekte sind am Mittwoch im Rektorat der Freiburger Uni Förderbescheide in Höhe von 7,6 Millionen Euro übergeben worden.

30 wissenschaftliche Einrichtungen und 30 Unternehmen aus Baden, Rheinland-Pfalz, der französischen Region Grand Est und der Schweiz sind daran beteiligt. 22 Bewerbungen waren eingegangen. Rund 3,4 Millionen Euro stammen aus Mitteln des europäischen Fonds für regionale Entwicklung (Interreg), je 2,1 Millionen Euro aus regionalen Mitteln und Eigenbeiträgen. Bei der ersten Auflage der Wissenschaftsoffensive von 2012 bis 2015 wurden zehn Millionen Euro für sieben Projekte bereitgestellt. Die jetzigen Projekte seien nicht weniger hochkarätig, versicherte Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer. Klarer Fokus liege nun auf angewandter Forschung. Hans-Jochen Schiewer, Rektor der Uni Freiburg und Sprecher der Säule Wissenschaft der TMO, meinte, man sei auf einem guten Weg bei der grenzüberschreitenden Forschung. Nur beim Wissenstransfer in die Industrie gebe es Nachholbedarf. Gefördert werden Projekte, in denen etwa erforscht wird, wie pestizidbelastetes Wasser aus dem Weinbau besser gereinigt werden kann. Auch die Entwicklung kostengünstiger Drohnen oder interaktiver Chirurgie-Roboter werde gefördert.

KURZ GEMELDET

FREIBURG

Verstärkung bleibt

Die nach Freiburg abkommandierte 25 Frau und Mann starke Zusatzeinheit der Polizei wird nicht wie geplant am 1. März abgezogen, sondern vorerst noch in der Stadt bleiben. Das hat Finanzministerin Edith Sitzmann (Grüne) am Dienstag mitgeteilt. Die zusätzlichen Kräfte waren Anfang Dezember nach Freiburg verlegt worden, um für mehr Polizeipräsenz auf der Straße und an Brennpunkten zu sorgen. ***rö***

TÜBINGEN

Sturz wohl Todesursache

Nach dem Fund eines toten Studenten im Garten eines Tübinger Verbindungshauses deutet vieles auf einen Sturz hin. „Nach dem vorläufigen Obduktionsergebnis ist der 20-Jährige an inneren Verletzungen verstorben, die er sich bei einem Sturzgeschehen zugezogen haben könnte“, teilten Polizei und Staatsanwaltschaft am Dienstag mit. Die Leiche des 20-Jährigen war von einem Spaziergänger unter einem kleinen Balkon entdeckt worden. ***dpa***

FREIBURG

Greifvogel im Tunnel

Der Kappler Tunnel im Freiburger Osten war am Dienstagabend für einige Zeit wegen eines Greifvogels gesperrt worden: Das flugunfähige Tier hüpfte auf der Fahrbahn stadtauswärts umher, wie die Polizei am Abend meldete. Um 17.55 Uhr war bei den Beamten der Notruf eingegangen, dass sich ein Tier in der Südröhre Richtung Kirchzarten befindet. Die Polizei sicherte die Gefahrenstelle, die Feuerwehr rettete den verängstigten Vogel. ***BZ***